



BÜRGSCHAFTSBANK
FÜR SOZIALWIRTSCHAFT GMBH



GESCHÄFTSBERICHT 2010

DIE BÜRGSCHAFTSBANK AUF EINEN BLICK

	2010 T€	2009 T€
verbürgte Kredite	52.414	56.304
Bürgschaftsbestand	39.885	43.374
Einzelrückstellungen für erkennbare Bürgschaftsrisiken	1.445	1.284
Pauschalrückstellungen für ungewisse Risiken aus Bürgschaftsübernahmen	0	0
haftendes Eigenkapital	6.367	6.596
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-237	-698



BÜRGSCHAFTSBANK
FÜR SOZIALWIRTSCHAFT GMBH



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Gesellschafter	2
Organe der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH	
Aufsichtsrat	3
Bürgschaftsausschuss	4
Geschäftsführung	5
Bericht der Geschäftsführung	
Die Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH	6
Lagebericht	10
Bericht des Aufsichtsrates	13
Bilanz	14
Gewinn- und Verlustrechnung	16
Anhang	17
Bestätigungsvermerk	21
Statistik	22

GESELLSCHAFTER

-
- Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg
-
- Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Stuttgart
-
- Deutsches Rotes Kreuz e.V., Berlin
-
- Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V., Berlin
-
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V., Frankfurt am Main
-
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., Frankfurt am Main
-
- Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln
-
- Evangelische Darlehns-genossenschaft eG, Kiel
-
- Bank für Kirche und Diakonie eG - KD-Bank, Dortmund
-
- Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V., Berlin
-
- Sparkasse KölnBonn, Köln und Bonn
-
- GLS Gemeinschaftsbank eG, Bochum
-
- Sozialstiftung der Kreissparkasse Köln, Köln
-
- Bethe-Stiftung, Köln

Mitglieder

Aufsichtsrat

Dr. Wolfgang Teske

Direktor, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Stuttgart
- Vorsitzender - (bis 4/2011)

Rainer Virnich (2/2010 bis 2/2011)

Leiter Zentrale Firmenkunden, Sparkasse KölnBonn, Köln und Bonn
- stv. Vorsitzender -

Niko Roth

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg
- stv. Vorsitzender - (ab 2/2011)
- Vorsitzender - (ab 4/2011)

Dr. Wolfgang Hippmann (bis 12/2010)

Bernd Schmitz (ab 1/2011) Mitglied des Vorstandes

Deutsches Rotes Kreuz e.V., - Generalsekretariat -, Berlin

Dietmar Krüger

Mitglied des Vorstandes, Bank für Sozialwirtschaft AG, Köln

Christian Ferchland

Mitglied des Vorstandes, Evangelische Darlehns-genossenschaft eG, Kiel
- stv. Vorsitzender - (ab 4/2011)

Michael Warman

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., Frankfurt am Main

Georg Peter Blaschke (ab 5/2011)

Vorstandsreferent, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Stuttgart

Stellvertreter:

Thomas Dane

Mitglied des Vorstandes, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V., Berlin
(bis 9/2010)

Christian Brand

Sozialstiftung der Kreissparkasse Köln, Köln

Dr. Markus Heuel (bis 7/2010)

Frau Sannah Bethe (8/2010 bis 9/2010)

Erich Bethe (ab 10/2010)

Bethe Stiftung, Köln

Hans-Peter Niemeier

Mitglied des Vorstandes, Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V., Berlin

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Gesamtverband e.V., Frankfurt am Main

Dr. Ekkehard Thiesler

Vorstandsvorsitzender Bank für Kirche und Diakonie eG - KD-Bank, Dortmund

Gerhard Waterstradt

GLS Gemeinschaftsbank eG, Bochum

ORGANE DER BÜRGSCHAFTSBANK

Bürgerschaftsausschuss

§ 21 des Gesellschaftsvertrages Zusammensetzung und Aufgaben

Aus der Mitte des Aufsichtsrates wird ein Bürgerschaftsausschuss gebildet.

Er besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Ihm gehören der Vorsitzende, sein Stellvertreter sowie - entsprechend den in der Geschäftsordnung für den Bürgerschaftsausschuss vorgesehenen Regelungen - ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrates an.

Ist der Vorsitzende oder sein Stellvertreter zugleich Vertreter des antragstellenden Verbandes, so tritt an seine Stelle das Aufsichtsratsmitglied eines anderen, unbeteiligten Verbandes.

Aufgabe des Bürgerschaftsausschusses ist die Beurteilung und Beschlussfassung zu vorliegenden Anträgen nach Maßgabe der Geschäftsordnung für den Bürgerschaftsausschuss.

Mitglieder:

Aufsichtsratsvorsitzender Niko Roth¹⁾
stv. Aufsichtsratsvorsitzender Christian Ferchland*¹⁾
Georg Peter Blaschke¹⁾
Christian Brand*¹⁾
Erich Bethe*¹⁾
Bernd Schmitz¹⁾
Dietmar Krüger*¹⁾
Hans-Peter Niemeier¹⁾
Dr. Ulrich Schneider¹⁾
Dr. Ekkehard Thiesler*¹⁾
Michael Warman¹⁾
Gerhard Waterstradt*¹⁾
ein Vertreter der Finanzbehörde des jeweiligen Bundeslandes

¹⁾ Jedes der benannten Mitglieder des Bürgerschaftsausschusses kann sich durch ein anderes Bürgerschaftsausschussmitglied vertreten lassen.

* zuständig für nicht verbandsangehörige Antragsteller

ORGANE DER BÜRGERSCHAFTSBANK

Geschäftsführung

Helene Hammelrath

Jutta Pielchen

BERICHT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH

Die Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH wurde am 31. August 1992 als Selbsthilfeeinrichtung der Freien Wohlfahrtspflege mit Sitz in Köln gegründet. Ihr Ziel ist es, sozialen Einrichtungen und Organisationen durch die Übernahme von Ausfallbürgschaften die Aufnahme von Kreditmitteln zu erleichtern.

Träger der Bank sind seit 1992 die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Bank für Sozialwirtschaft AG. Seit Gründung der Bank sind weitere sozialengagierte Institutionen als Gesellschafter hinzugekommen: die Evangelische Darlehensgenossenschaft eG (1994), KD-Bank - die Bank für Kirche und Diakonie und das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. (1995), die Sparkasse KölnBonn (1996) und die Ökobank (1998). Seit Februar 2002 zählen auch die Sozialstiftung der Kreissparkasse Köln und die Bethe-Stiftung dazu. In 2003 übernahm die GLS Gemeinschaftsbank eG die Gesellschafteranteile der Ökobank.

Die Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft fördert sozial, ökologisch und betriebswirtschaftlich sinnvolle Vorhaben durch die Übernahme von Ausfallbürgschaften für Finanzierungen bei Kreditinstituten, wenn diese keine ausreichenden bankmäßigen Sicherheiten stellen können. Dies können sein:

- Projekte in der Neugründung
- Ausbau bereits bestehender Projekte
- Sicherung der Existenz sozialer Einrichtungen
- Investitionen bei Verlagerung von Einrichtungen
- Finanzierung von Betriebsmitteln
- Stellung von Avalen.

Bürgschaften werden jeweils maximal bis zur Höchstgrenze gemäß § 13 (3) KWG und bis zu

80 % des Kreditbetrages sowohl für hausbank-eigene Mittel als auch für Darlehen im Rahmen staatlicher Fördermaßnahmen übernommen; dies gilt auch für Leasing-Finanzierungen. Die Laufzeit der Bürgschaften kann in Anpassung an das jeweilige Vorhaben und die betriebswirtschaftlichen Bedürfnisse 15 bzw. bei Programmkrediten bis zu 23 Jahre betragen.

Die Förderung der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft umfasst ein weites Spektrum an sozialen Einrichtungen, Organisationen und Einzelinitiativen unter anderem im Bereich Jugendhilfe und Altenpflege, Beratungsstellen und Therapiestätten für Suchtkranke, Rettungsdienste, Hilfswerke für Strafentlassene, Familienbildungs- und Behindertenwerkstätten.

Die Bürgschaftsbank kann fehlende Sicherheiten, nicht jedoch mangelnde Rentabilität ersetzen. Sie kann daher nur solche Vorhaben unterstützen, bei denen - neben einem überzeugenden Konzept - auch die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen stimmen. Zu diesen zählen u.a.:

- persönliche und fachliche Qualifikation der Leitung einer Einrichtung
- angemessene Eigenbeteiligung an den Finanzierungskosten
- realistische Prognose für Bedarf und Wirtschaftlichkeit.

Informationen über die Bank, ihre Arbeitsweise, ihre Richtlinien und Antragsunterlagen sind im Internet unter www.bbfs.de übersichtlich und kompakt zugänglich.

Gesellschafter der Bürgschaftsbank, Hausbanken und ihre Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer, sie alle tragen durch ihre Arbeit auf ganz

unterschiedliche Weise dazu bei, dass gute Ideen auf dem sozialen Sektor in konkrete Projekte umgesetzt werden und ihre Adressatinnen und Adressaten erreichen können. Neue Arbeitsplätze werden geschaffen, bestehende werden gesichert. Für die gute Zusammenarbeit möchten wir uns bei allen Beteiligten an dieser Stelle herzlich bedanken.

Die Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft ist die einzige Bürgschaftsbank, die auf Beratung und Finanzierung von Unternehmen der Sozialwirtschaft spezialisiert ist. Ihre Kompetenz auf diesem Gebiet und ihre fachliche Begleitung der Kreditengagements werden von Hausbanken und Kreditnehmerinnen und Kreditnehmern gleichermaßen geschätzt. Die Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft ist zudem die einzige Bürgschaftsbank, die bundesweit arbeitet. Als solche hat sich die Bürgschaftsbank seit ihrer Gründung um eine Gleichbehandlung der Bank, ihrer Arbeit und Leistung im Vergleich zu den anderen Bürgschaftsbanken für den gewerblichen Mittelstand bemüht. Die Steuerbefreiung und damit eine offizielle Anerkennung der Arbeit der Bürgschaftsbank im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 17 KStG n.F. wurde im Jahre 2000 erreicht

Globale Rückbürgschaften zu erhalten, ist in Teilen gelungen. Im Vorgriff auf die von der Bürgschaftsbank angestrebte Rückverbürgung durch die Länder und den Bund nach dem Modell der Bürgschaftsbanken für den gewerblichen Mittelstand gewährt seit 1997 das Land Nordrhein-Westfalen eine entgeltfreie globale Rückbürgschaft von 50 % der Ausfallbürgschaft. In der Folge konnten die Fördermöglichkeiten der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft in Nordrhein-Westfalen deutlich verbessert werden. Im Jahr 2003 konnte mit dem Land Niedersachsen, wel-

ches seit 1996 Einzelrückbürgschaften gewährte, eine globale Rückbürgschaftsvereinbarung geschlossen werden.

Seit dem 01.01.2010 steht das Land Hessen mit einer globalen Rückbürgschaftsvereinbarung zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund hat die Bürgschaftsbank ihre Bemühungen intensiviert, entgeltfreie Rückbürgschaften weiterer Bundesländer zu erhalten, um so den ihr zur Verfügung stehenden Aktionsradius vergrößern und ihr Fördervolumen ausweiten zu können.

Im Jahr 1995 wurden in den Bundeshaushalt erstmals 300 Mio. DM für Rückbürgschaften gegenüber der Bürgschaftsbank eingestellt. Der Haushaltsansatz wurde seitdem jeweils mit 150 Mio. € fortgeschrieben. Eine globale Rückbürgschaftserklärung des Bundes gegenüber der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft ist noch in Verhandlung.

Die Rückbürgschaftssituation bleibt nicht ohne Einfluss auf die Risikopolitik der Bank. Die Risikovorsorge ist als Ergebnis des gestiegenen Risikos bei den sozialwirtschaftlichen Unternehmen, deren Dienstleistungen aufgrund der Sozialpolitik starken Restriktionen unterliegen, weiter verstärkt worden. Unter den gegebenen Umständen schlägt sich dies unter anderem in einer vorsichtigeren Bürgschaftsvergabe nieder.

Unternehmen der Sozialwirtschaft verdienen Gleichbehandlung mit Unternehmen anderer Teile der Wirtschaft nicht nur im Hinblick auf Vertrauen in ihr unternehmerisches und qualitätsverpflichtetes Können, sondern auch im Hinblick auf den Zugang zum Kapitalmarkt, zu preisgünstigen Krediten. Dies ist gerade im Anschluss an die

Ratingvorschriften und Bonitätsanforderungen von Basel II, die es für Unternehmen der Sozialwirtschaft immer schwieriger machen, Kredite und vor allem solche zu bezahlbaren Konditionen zu erhalten, von größter Bedeutung. Die Bürgschaftsbank nimmt in Reaktion auf diese Situation für alle Neuengagements eine differenzierte Provisionsberechnung je nach aktueller Bonitätseinstufung vor.

Die Besonderheiten sozialer Unternehmen stellen für Kreditgeber eine Herausforderung im Hinblick auf Beratung, Bewertung und Finanzierung dar – Gebiete, auf denen die Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH in mehr als 18 Jahren eine besondere Kompetenz erworben hat.

Die Arbeit der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft, ihre Leistungen im Hinblick auf die Finanzierung, Beratung und Begleitung von Unternehmen der Sozialwirtschaft sind heute wichtiger denn je. Angesichts der aktuellen Situation und der zukünftigen Entwicklungen auf dem Sozial- und Gesundheitssektor, der angespannten finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte sowie aktueller sozialgesetzlicher und bankenrechtlicher Änderungen ist die Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft als Finanzierungsinstrument für den Sozial- und Gesundheitssektor von wachsender, in vielen Fällen entscheidender, Bedeutung. Die an die Bürgschaftsbank gerichteten Anfragen im Berichtsjahr und im ersten Halbjahr 2011 reflektieren diese Entwicklung.

Die Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft als innovatives Finanzierungsinstrument für den Sozial- und Gesundheitssektor hilft, die Kluft zwischen sozialwirtschaftlichen Erfordernissen und öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten zu

überbrücken. Sie leistet damit einen Schlüsselbeitrag zum Umbau des Sozialstaats und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Damit sie sich diesen Anforderungen auch in Zukunft erfolgreich stellen kann, ist die Bank auf die Unterstützung des Bundes und der Länder durch entgeltfreie Rückbürgschaften angewiesen. Diese sind im Hinblick auf eine Ausweitung ihres Bürgschaftsvolumens und die Gewinnung neuer Gesellschafter unerlässlich.

Dabei bedarf es der Unterstützung und der gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten: Die Bank kann die Risiken dringend benötigter und gesellschaftlich notwendiger sozialwirtschaftlicher Unternehmen nicht alleine auffangen.

Der Bund hat eine Rückbürgschaftserklärung mit Wirkung vom 01.01.2010 abgegeben, die jedoch unter dem Vorbehalt Geltung erlangen sollte, dass alle neuen Länder und das Land Berlin ebenfalls Rückbürgschaften gewähren. Dies ist nachhaltig lediglich vom Land Brandenburg vollzogen worden. Der Freistaat Sachsen hat im Geschäftsjahr die erteilte Rückbürgschaftserklärung zurückgezogen.

Vor diesem Hintergrund konnte die Rückbürgschaftserklärung des Bundes noch keine Rechtskraft erlangen.

Das Angebot der Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen bis auf weiteres in diesen Ländern sozialen Einrichtungen mit Ausfallbürgschaften zur Verfügung zu stehen, die von den Ländern rückverbürgt werden, wurde von den Gesellschaftern nicht angenommen. Zur Zeit sind daher die Fördermöglichkeiten der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH erschöpft.

BERICHT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2010 wieder kräftig gewachsen. Mit + 3,6 Prozent stieg das bereinigte Inlandsprodukt (BIP) so stark wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Dies ergaben erste Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis). Die wirtschaftliche Erholung fand hauptsächlich im Frühjahr und Sommer 2010 statt. Im Vorjahr hatte Deutschland noch die stärkste Rezession der Nachkriegszeit erlebt: Das preisbereinigte BIP brach 2009 um 4,7 Prozent ein. In den Jahren 2007 (+2,7 Prozent) und 2008 (+ 1,0 Prozent) hatte es dagegen Zuwächse gegeben.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Im abgelaufenen Geschäftsjahr beträgt das Bürgschaftsvolumen 38.440 T€ (42.090 T€ in 2009) bei einer Bilanzsumme von 7.984 T€ (Vorjahr 8.113 T€). Die Aktiva beinhalten im Wesentlichen Schuldverschreibungen von 7.711 T€ (Vorjahr 7.740 T€), die überwiegend durch Eigenkapital in Höhe von 6.371 T€ (Vorjahr 6.608 T€) finanziert werden.

Durch die Entscheidung des Aufsichtsrates wegen fehlender Rückbürgschaften des Bundes und der Länder keine neuen Bürgschaften herauszulegen und zudem durch vorzeitige Bürgschaftsrückgaben hat sich der rückläufige Trend des Vorjahres in 2010 fortgesetzt. Dies hatte eine Reduzierung des Bürgschaftsvolumens zur Folge, so dass auch das Provisionsergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 46 T€ von 630 T€ auf 584 T€ weiterhin rückläufig war. Aufgrund der Marktzinsentwicklung und der Laufzeit der Wertpapiere haben sich die Zinserträge im Vorjahresvergleich um 12 T€ verringert. Die Personalkosten verminderten sich im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 21 T€. Gleichzeitig erhöhten sich die übrigen Verwaltungsaufwendungen um 84 T€.

Im Geschäftsjahr 2010 wird ein Jahresfehlbetrag von 237 T€ nach einem Vorjahresfehlbetrag von 698 T€ ausgewiesen.

Das Betriebsergebnis reichte nicht aus, um die Ausfallrisiken des Kreditgeschäftes abzudecken. Weiterhin ist immer noch zu erwarten, dass der Verlust aus einem Bürgschaftsengagement aus 2007 bei der Verwertung der Sicherheiten, die im Rahmen der Bürgschaftsabwicklung erwartet werden, zu einem Verwertungsüberschuss führen, so dass im Jahr 2011 mit einem neutralen Ertrag zu rechnen ist.

Akute Einzelrisiken wurden im Berichtsjahr durch neue Rückstellungen von 220 T€ (Vorjahr 859 T€) abgeschirmt.

Risikomanagement

Zur Geschäftstätigkeit einer Bürgschaftsbank gehört unvermeidbar das Eingehen von Risiken. Die frühzeitige Risikoerkennung

und vorausschauende Steuerung der Risiken stellen eine wesentliche Erfolgskomponente unseres Geschäftes dar. Die Bank übernimmt schwerpunktmäßig Adressenausfallrisiken; die dabei verfolgte Risikostrategie wird von der Geschäftsführung festgelegt und ebenso wie die Risikotragfähigkeit der Bank laufend überprüft. Als für alle sozialen Einrichtungen und Organisationen zugängliche Förderbank verzichtet die Bürgschaftsbank grundsätzlich auf eine konkrete Planung nach Branchenschwerpunkten, geografischer Streuung oder Größenklassen. Klumpenrisiken auf Kreditnehmer/Kreditnehmereinheitenebene werden durch die Obergrenze für neu heraus gelegte Einzelbürgschaften wie auch Bürgschaften an Kreditnehmereinheiten in Höhe der Großkreditgrenze vermieden. Gleichzeitig ist hierdurch eine Risikosteuerung gewährleistet.

Die Bank hat für den Bereich Risikokontrolle Arbeitsanweisungen und Arbeitsabläufe installiert, die es ihr ermöglichen, Risiken frühzeitig zu erkennen, abzumildern und einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen. Die damit erzielte Risikotransparenz bietet die Grundlage für die abzuleitenden Managemententscheidungen. Bezüglich der Adressenausfallrisiken werden vergangenheitsbezogene Ansätze ergänzt durch zukunftsorientierte Szenarioübertragungen. In regelmäßig aktualisierten Prognoserechnungen werden die erwarteten Ergebnisse und wichtigsten Kennziffern unter alternativen Annahmen vorausgeschätzt, so dass den geschäftlichen Risiken rechtzeitig begegnet werden kann. Entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben hat die Bank eine funktional unabhängige Einheit für das Management und Controlling der Risiken eingerichtet.

Dieser Bereich ist zuständig für einen einheitlichen Rahmen im Umgang mit Risiken. Außerdem verantwortet er die vierteljährliche Risikoberichterstellung sowie die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen. Darüber hinaus verfügt die Bank in Form der ausgelagerten „Internen Revision“ über eine unabhängige Instanz, die Effektivität und Effizienz der angewandten Maßnahmen überprüft. Die bedeutendsten Risiken, denen wir besondere Aufmerksamkeit widmen, sind Kredit-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie die operationellen und strategischen Risiken.

Kreditrisiken

Das Kreditrisiko besteht darin, dass Kunden ihren vertraglich zugesicherten Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Hausbanken nicht nachkommen und die Bürgschaftsbank ihre Bürgschaft einlösen muss. Das Kreditrisiko stellt für die Bürgschaftsbank das höchste Einzelrisiko dar.

Die Bürgschaftsbank legt ihre Bereitschaft, Ausfallrisiken einzugehen, nach bestimmten Grundsätzen fest. Ein schriftlicher Bericht stellt die Basis für jede von der Bank zu treffende Kreditentscheidung dar. Ein solcher Bericht enthält alle wesentlichen Informationen, die für die Kreditentscheidung maßgeblich sind.

Auf der Basis dieses Berichts erfolgt eine detaillierte Risikobeurteilung. Sie besteht aus der Analyse der finanziellen Verhältnisse, der Marktposition, des Geschäftsumfeldes, in dem der Kreditnehmer tätig ist, sowie der Qualität des Managements. Bestandteil dieser Analyse ist auch das BVR-Ratingsystem, das von der Bürgschaftsbank genutzt wird.

Sämtliche Bürgschaftsengagements werden regelmäßig überprüft. Aus der durch die detaillierte Beobachtung, den ständigen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer, den jährlich stattfindenden Ratingprozess und die genaue Überwachung der Darlehensbedienung ermittelten Risikobeurteilung ergibt sich für jedes Engagement eine Risikoeinstufung, die auch Grundlage für die ggf. erforderliche Bildung von Einzelwertberichtigungen ist. Besonders risikobehaftete Kreditengagements werden von der Geschäftsführung intensiv begleitet. Monatliche EDV-Auswertungen über den Kreditbestand bilden u.a. die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen und Ländern ab. Im vierteljährlichen Risikobericht werden diverse Auswertungen erläutert. Eine zusätzliche Information erfolgt über das Neugeschäft, Problemkredite, die größten Einzelkreditrisiken und Vorsorgen sowie über vereinbarte Maßnahmen, so dass Ausfallrisiken vorausschauend gesteuert werden können.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken zeigen den potenziellen Verlust, der aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsrisiken), der Wechselkurse (Währungsrisiken) sowie der sonstigen Marktpreise (z.B. Aktienkurse) hervorgerufen wird.

Aufgrund der Vermögensstruktur ist die Bürgschaftsbank insbesondere von Marktrisiken aus Kurswertänderungen von Wertpapieren betroffen.

Als Nichthandelsbuchinstitut gemäß § 2 Abs. 11 KWG finden keine Eigenhandelsaktivitäten zur Erzielung kurzfristiger Gewinne aus Marktpreisänderungen statt. Der Anlage ihrer Mittel kommt ausschließlich die Aufgabe zu, die Leistungsfähigkeit der Bürgschaftsbank im Falle ihrer Inanspruchnahme nachhaltig zu garantieren.

Zur Minimierung von Risiken erfolgt ausschließlich die Anlage in Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Bundes und öffentlicher Emittenten aus EU-Staaten.

Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko wird im weiteren Sinne die Gefahr verstanden, dass das Institut seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Im engeren Sinne ist unter dem Liquiditätsrisiko die Gefahr zu verstehen, dass das Institut den Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht mehr nachkommen kann.

Die eingegangenen Bürgschaftsgeschäfte sind Eventualverbindlichkeiten, die unmittelbar keine Liquidität/Refinanzierung benötigen. Erst im Falle einer Inanspruchnahme können Liquiditätsrisiken auftreten, die aufgrund der in der Regel kurzfristig liquidierbaren Anlagen in Wertpapieren als nicht wesentlich beurteilt werden.

Der den durchschnittlichen Liquiditätsbedarf mehrfach übersteigende Bestand an Tages- und Termingeldern gewährleistet die jederzeitige Zahlungsfähigkeit. Da aufgrund unserer spezifischen Geschäftstätigkeit keine nennenswerten unvorhergesehenen Liquiditätsbelastungen auftreten können, verzichten wir auf die Durchführung von Szenariobetrachtungen.

Darüber hinaus werden zur Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken einmal jährlich Liquiditätsablaufbilanzen erstellt, die die Restlaufzeiten der Aktiv-/Passiv-Position nach den Kategorien kurzfristig (unter 1 Jahr), mittelfristig (1 – 5 Jahre) und langfristig (größer 5 Jahre) enthalten.

Operationelle Risiken

Neben den banktypischen Risiken spielt die Steuerung operationeller Risiken eine zunehmende Rolle. Unter diesen Risiken versteht man neben allgemeinen Betriebsrisiken in erster Linie Risiken, die sich aus einzelnen Ereignissen (Betrugsfälle, DV-Systemstörungen, Naturkatastrophen usw.) ergeben können, sowie Rechtsrisiken.

Die Bank hat eine Gesamtübersicht über die Risikolage bzw. –struktur erstellt. In diesem Rahmen wurden alle wesentlichen Risikobereiche, die für das Institut in Frage kommen, analysiert und bewertet. Es wurde auch festgestellt, welche Maßnahmen für bestehende Risiken vorgesehen sind bzw. welche Maßnahmen zukünftig ergriffen werden müssen, um Risiken zu vermeiden bzw. zu minimieren.

Für Risiken, die aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse eintreten können, existieren angemessene Notfallkonzepte sowie ein ausreichender Versicherungsschutz (Feuer- und Wasserschäden usw.).

Den Rechtsrisiken begegnet die Bank durch die regelmäßige Einbindung der ausgelagerten Rechtsabteilung. Rechtsrisiken aus Bürgschaftsübernahmen minimiert die Bank durch den Einsatz standardisierter Verträge. Im Zusammenhang mit einem Bürgschaftsengagement steht derzeit eine gerichtliche Klärung über die Inanspruchnahme aus einer Bürgschaft an. Vorsorglich hat die Bank eine angemessene Risikovorsorge gebildet. Die interne Revision überwacht regelmäßig Verfahren, Systeme und Arbeitsabläufe. Die personelle und organisatorische Ausgestaltung der ausgelagerten Innenrevision entspricht den Anforderungen.

Strategische Risiken

Strategische Risiken stehen für die Unsicherheit der Ergebnisentwicklung aufgrund von geänderten Förder-Rahmenbedingungen. Für unsere Zukunft als Bürgschaftsbank ist eine Reihe von Förder-Rahmenbedingungen bedeutsam.

Rückbürgschaften von Bund und Ländern

Einzelne Bundesländer (Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) stellten der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH seit Jahren Rückbürgschaften zur Verfügung. Mit Wirkung vom 01.01.2010 gewährte das Land Hessen eine globale Rückbürgschaft.

Trotzdem werden die Beschlüsse des Aufsichtsrates der Bank, keine neue Bürgschaftsverpflichtungen einzugehen, vor dem Hintergrund der nicht vorliegenden globalen Rückbürgschaftsvereinbarung umgesetzt.

EU-Beihilferichtlinien

Der unveränderten Beobachtung und intensiven weiteren Diskussion und Begleitung bedürfen die EU-Beihilferichtlinien, denen die Bürgschaftsförderung deshalb unterliegt, weil die Bürgschaften der Bürgschaftsbank teilweise durch Rückbürgschaften der Länder unterlegt sind.

Entwicklung der sozialpolitischen Ausrichtung

Projekte der Sozialwirtschaft sind durch sozialpolitische Vorgaben des Bundes und der Bundesländer etc. geprägt. Vor diesem Hintergrund bezieht die Bank regelmäßig unterschiedliche Informationen und Publikationen, die einen Überblick über aktuelle Entwicklungen bieten. Zudem besteht die Einbindung in relevante Netzwerke.

Personal

Nur mit kompetenten und kundenorientierten Mitarbeitern lassen sich die Aufgaben der Bank erfüllen. Qualifikation, Engagement, Erreichbarkeit und Freundlichkeit der Mitarbeiter bleiben auch weiterhin entscheidende Faktoren für die Erfüllung unserer Aufgaben.

Daher bleiben die Motivation des Einzelnen, die Optimierung seines Einsatzes entsprechend seinen Kenntnissen und Fähigkeiten und seine Qualifizierung das stetige Ziel unserer Personalentwicklung.

Die Bank beschäftigte im Jahresdurchschnitt 7 Mitarbeiter inklusive Geschäftsführung, davon 1 Teilzeitbeschäftigte. Wir gehen davon aus, dass wir für die Aufgaben der Bank gerüstet sind. Unsere Mitarbeiter werden auch künftig unsere Unternehmens-

ziele mit persönlichem Einsatz und Begeisterung umsetzen und sich für die Belange der Bank engagiert einsetzen.

Zukünftige Entwicklung und Prognose für das Geschäftsjahr 2011

Auch im Geschäftsjahr 2011 besteht große Nachfrage nach den Dienstleistungen der Bank.

Nach jahrelangen intensiven Bemühungen der Geschäftsführung hat die Bank eine Gleichstellung mit den anderen in der Mittelförderung engagierten Bürgschaftsbanken erreichen können. Die Rückbürgschaftserklärung des Bundes wurde am 20.01.2010 unterzeichnet. Sie enthält die Bedingung, dass die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ebenfalls die entsprechenden Vereinbarungen unterschreiben. Da diese Bedingung nicht vollständig erfüllt wurde, kam es zu dem Aufsichtsratsbeschluss, keine neuen Bürgschaften herauszugeben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich nicht bereits im Jahresabschluss niedergeschlagen haben, haben sich nach dem Bilanzstichtag bis auf die vorgenannte Entwicklung zur Gewährung von Rückbürgschaften sowie die weitere Prüfung von Fortführung, Abwicklungs- bzw. Verschmelzungskonzepten nicht ereignet.

Köln, den 27. April 2011



Helene Hammelrath



Jutta Pielchen

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Bank im Berichtszeitraum überwacht und die ihm nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag obliegenden Pflichten wahrgenommen. Er wurde regelmäßig über die Entwicklung und den Stand der Geschäfte unterrichtet; er hat wichtige geschäftspolitische Fragen mit der Geschäftsführung erörtert.

Der Aufsichtsrat hat den von der Geschäftsführung vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 und den Lagebericht geprüft und genehmigt. Die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat die gesetzliche Prüfung vorgenommen und dabei auch den Jahresabschluss 2010 geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt.

Der Aufsichtsrat dankt der Geschäftsführung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bürgschaftsbank für den Einsatz und die Leistungsbereitschaft im Berichtsjahr. Er dankt ebenfalls allen am Bürgschaftsverfahren Beteiligten für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Köln, den 20. Juni 2011



Niko Roth
- Vorsitzender -

BILANZ

**Bilanz zum
31. Dezember 2010
der Bürgschaftsbank
für Sozialwirtschaft
GmbH**

Aktiva	€	Stand 31. 12. 2010 €	Stand 31. 12. 2009 T€
1. Barreserve			
a) Kassenbestand	1.703,29		1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	<u>15.352,48</u>	17.055,77	23
darunter: bei der Deutschen Bundesbank (31. 12. 2009 T€ 23)	15.352,48		
2. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	121.876,92		59
b) andere Forderungen	0	121.876,92	0
3. Forderungen an Kunden		75.311,38	89
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
- Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	7.711.488,96		7.740
- von anderen Emittenten	<u>0</u>	7.711.488,96	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank (31. 12. 2009 T€ 7.740)	7.711.488,96		
5. Immaterielle Anlagenwerte		4.030,00	13
6. Sachanlagen		11.060,00	14
7. Sonstige Vermögensgegenstände		42.922,95	174
Summe der Aktiva		<u>7.983.745,98</u>	<u>8.113</u>

BILANZ

Passiva	€	Stand	Stand
		31. 12. 2010	31. 12. 2009
		€	T€
1. Sonstige Verbindlichkeiten		80.407,54	17
2. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	21.014,00		143
b) andere Rückstellungen	<u>1.511.464,60</u>	1.532.478,60	1.345
3. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	7.685.000,00		7.685
b) Bilanzverlust	<u>-1.314.140,16</u>	6.370.859,84	-1.077
Eventualverbindlichkeiten	Summe der Passiva	<u>7.983.745,98</u>	<u>8.113</u>
- Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen -		<u>38.439.739,52</u>	<u>42.090</u>

**Bilanz zum
31. Dezember 2010
der Bürgschaftsbank
für Sozialwirtschaft
GmbH**

BILANZ

**Gewinn- und
Verlustrechnung
für die Zeit vom
01. Januar bis
31. Dezember 2010**

	€	€	2010 €	2009 T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		941,42		3
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>262.230,74</u>	263.172,16	272
2. Provisionserträge			<u>583.537,31</u>	<u>630</u>
			846.709,47	905
3. Sonstige betriebliche Erträge			<u>9.854,30</u>	<u>9</u>
			856.563,77	914
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	405.363,63			429
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>91.099,10</u>	496.462,73		88
darunter: für Altersversorgung 32.507,36 € (Vorjahr: T€ 27)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>365.064,91</u>	861.527,64	281
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			12.711,06	14
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>205.525,95</u>	800
7. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-223.200,88	-698
8. Außerordentliches Ergebnis			14.177,00	0
9. Jahresfehlbetrag			-237.377,88	-698
10. Verlustvortrag			1.076.762,28	379
11. Bilanzverlust			<u>-1.314.140,16</u>	<u>-1.077</u>

ANHANG

Anhang zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2010

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches, des Bankbilanzrichtlinien-Gesetzes und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurden beachtet.

Bei der erstmaligen Aufstellung des Jahresabschlusses nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wurden die Vorjahresvergleichszahlen auf Grund des Wahlrechtes des Art.

Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Die Forderungen und Guthaben werden grundsätzlich zum Nominalwert angesetzt. Für Risiken aus dem Bürgschaftsgeschäft wurden Einzelrückstellungen gebildet. Die Forderungen an Kunden aus Provisionsansprüchen werden nach Abzug von Einzelwertberichtigungen ausgewiesen. Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden mit den Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen auf den niedrigeren Marktkurs bewertet.

67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht angepasst.

Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des GmbH-Gesetzes zu beachten.

Angaben, die wahlweise in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang gemacht werden können, sind insgesamt im Anhang aufgeführt.

Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Staffelform gewählt.

Von der Möglichkeit der Wertaufholung bei den Wertpapieren des Anlagevermögens wurde Gebrauch gemacht.

Abzugrenzende Zinsen werden bei dem jeweiligen Aktivposten einbezogen. Die übrigen Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Pensionsverpflichtungen werden nach einem versicherungsmathematischen Gutachten unter Verwendung der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet. Der Rückstellungsbildung wurde gem. § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bewertet. Die zu Grunde gelegte Berechnungsmethode ist die Projected Unit Credit Method.

A. Allgemeines

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

ANHANG

Bewertungsparameter sind:

Zinssatz	5,15 % p.a.
Gehaltsdynamik	0,00 % p.a.
Rentendynamik	1,50 % p.a.
Fluktuation	0,00 % p.a.

Ergebnisse ohne Saldierung:

Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtung zum 31.12.2010	182.699 €
Zeitwert der Vermögensgegenstände gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zum 31.12.2010	161.685 €
Fortgeschriebene Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zum 31.12.2010	146.850 €

Unterschiedsbetrag zum Umstellungstermin:

Rückstellung in der Handelsbilanz zum 31.12.2009	142.738 €
Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtung gemäß § 253 HGB zum 01.01.2010	161.251 €
Aktivwert der verpfändeten Rückdeckungsversicherung zum 31.12.2009	129.900 €
Zeitwert der verpfändeten Rückdeckungsversicherung zum 01.01.2010	134.236 €
Unterschiedsbetrag durch Bewertungsumstellung zum 01.01.2010	14.177 €

Verteilung des Unterschiedsbetrages:

Auf eine Verteilung des Unterschiedsbetrages auf 15 Jahre wurde verzichtet.

Die Pensionsrückstellung beträgt 182.699,00 €. Der Zeitwert der Rückdeckungsversicherung wurde mit einem Betrag von 161.685,00 € saldiert.

Allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wird durch Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Nicht bilanzwirksame Geschäfte werden in die Risikoberechnung einbezogen.

Beim Jahresabschluss konnten die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Wesentlichen übernommen werden. Ein grundlegender Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

Die Bildung von Bilanzposten für latente Steuern war nicht erforderlich, da die Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 17 KStG steuerbefreit ist.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 122 T€ sind Forderungen gegenüber Gesellschaftern.

Forderungen an Kunden

Diese Position beinhaltet Provisionsforderungen in Höhe von 75 T€. Für drei dieser Forderungen bestehen ratiertliche Rückzahlungsvereinbarungen, die planmäßig erfüllt werden.

Die Forderungen an Kunden haben folgende Restlaufzeiten:

bis 3 Monate	20 T€
über 3 Monate bis 1 Jahr	15 T€
über 1 Jahr bis 5 Jahre	40 T€
	<u>75 T€</u>

ANHANG

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Sämtliche Wertpapiere haben eine ursprüngliche Laufzeit zwischen 4 und 12 Jahren.

Von den Anleihen (nach Nominalwerten) sind 1.500 T€ im Jahre 2015, 2.300 T€ im Jahre 2016, 1.900 T€ im Jahre 2017 und 2.000 T€ im Jahre 2019 fällig.

Die Wertpapiere sind mit einem Nominalwert von 7.700 T€ börsennotiert. Ein Wertpapier von nominal 500 T€ ist dem Anlagevermögen zugeordnet. Der restliche Bestand ist der Liquiditätsreserve zugeordnet. Bei dem gesamten Bestand handelt es sich um Wertpapiere von öffentlichen Emittenten.

Anlagenspiegel (in T€)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen kumuliert	Geschäftsjahr	Restbuchwerte 31.12.2010	Vorjahr
Anlagevermögen	494	1	0	480	13	15	27

Bei den Sachanlagen i.H.v. 11 T€ handelt es sich ausschließlich um Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die immateriellen

Anlagewerte betreffen die angeschaffte Software i.H.v. 4 T€.

Sonstige Vermögensgegenstände

In dem Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind Ansprüche auf Steuererstattungen in Höhe von 327,75 € enthalten, die sofort fällig sind.

Sonstige Verbindlichkeiten

In der Position „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind 7.626,77 € aus Steuern (Lohnsteuer) enthalten und 287,05 € aus sozialer Sicherheit. Sie sind sofort fällig.

Rückstellungen

Andere Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

Rückstellung für das Kreditgeschäft	1.445.464,60 €
Jahresabschluss- und Prüfungskosten	60.000,00 €
Urlaubsrückstellung	5.000,00 €
Berufsgenossenschaft	1.000,00 €
	<u>1.511.464,60 €</u>

ANHANG

Eigenkapital

Das Eigenkapital verminderte sich im Geschäftsjahr 2010 durch den Jahresfehlbetrag um 237 T€.

Eventualverbindlichkeiten

Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um solche aus der Übernahme von Bürgschaften.

Der Anteil der nicht valutierenden Bürgschaften beläuft sich auf T€ 562.
Von den Eventualverbindlichkeiten sind T€ 6.736 rückverbürgt.

D. Sonstige Angaben

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 5 Mitarbeiter als Angestellte beschäftigt. Von der

Möglichkeit der erleichternden Darstellung gemäß § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Honorare

Für den Abschlussprüfer wurden in 2010 folgende Honorare erfasst:

Jahresabschlussprüfung	T€ 60
Beratungsleistungen	T€ 87

Organe

Aufsichtsrat:

Mitglieder

Stellvertreter

Dr. Wolfgang Teske, Vorsitzender

Dr. Markus Heuel (bis 7/2010)

Rainer Virnich, stv. Vors. (ab 2/2010-2/2011)

Thomas Dane (bis 9/2010)

Niko Roth

Christian Brand

Michael Warman

Dr. Ulrich Schneider

Dietmar Krüger

Hans-Peter Niemeier

Dr. Wolfgang Hippmann (bis 31.12.2010)

Gerhard Waterstradt

Christian Ferchland

Dr. Ekkehard Thiesler

Sannah Bethe (8/2010 bis 9/2010)

Erich Bethe (ab 10/2010)

Geschäftsführung:

Helene Hammelrath, Kauffrau, Bergisch Gladbach

Jutta Pielchen, Kauffrau, Wesseling

Köln, den 30. März 2011


Helene Hammelrath


Jutta Pielchen

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH, Köln, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf

der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

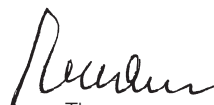
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 27. April 2011

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Probst
Wirtschaftsprüfer



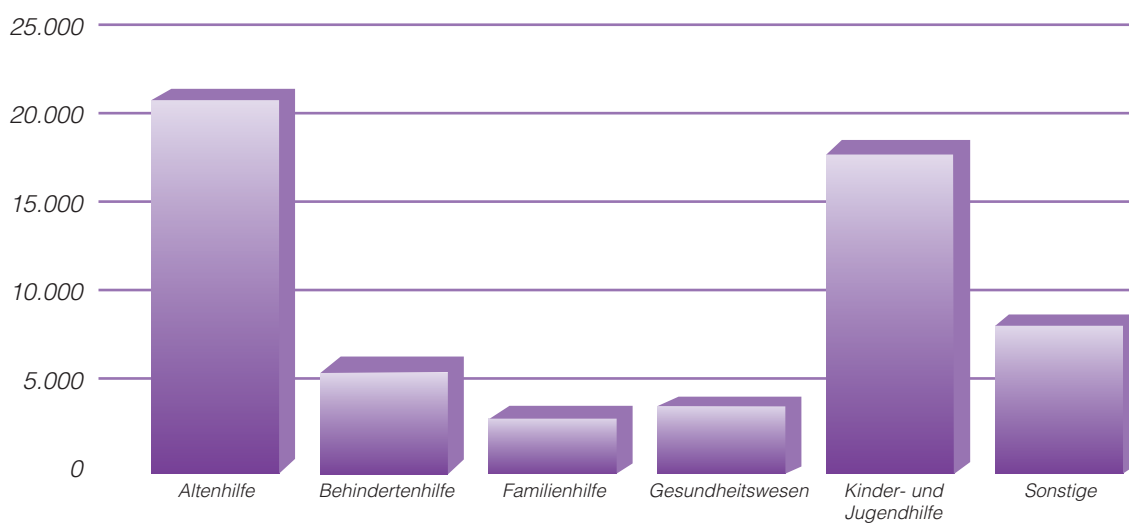
von Thermann
Wirtschaftsprüfer

STATISTIK

**Bestehende
Bürgschaften zum
31.12.2010**

Art der Einrichtung	Stückzahl	Bürgschaftsvolumen in T€	verbürgtes Volumen in T€	Projekt- volumen in T€
Altenhilfe	32	21.165	27.669	122.717
Behindertenhilfe	17	5.475	7.557	25.450
Familienhilfe	6	3.144	4.009	44.752
Gesundheitswesen	17	3.710	4.828	16.219
Kinder- und Jugendhilfe	67	17.998	23.451	67.578
Sonstige	19	8.137	10.264	22.467
Gesamt	158	59.628	77.779	299.183

Art der Einrichtung nach Bürgschaftsvolumen in T€





BÜRGSCHAFTSBANK
FÜR SOZIALWIRTSCHAFT GMBH



Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH • Brückenstraße 17 • 50667 Köln
Telefon 02 21 / 92 16 01-0 • Telefax 02 21 / 92 16 01-20 • Internet: www.bbfs.de • e-mail: info@bbfs.de